

# Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn

Bestand B 2

6

# Kreisarchiv Stormarn B2



5 3  
Kreis Stormarn  
Der Landrat  
-Kreisentschädigungsamt -  
Bad Oldesloe, den 18. Dezember 1953

So  
4-1/9

Herrn  
Bernh

B a r  
I. Ba

den v  
Lende  
vorli  
kenn.  
liegen  
die F  
für W  
Angel

keine

- 4/413 - Ahlers - D./Re.

Bad Oldesloe, den 8.3.1948

Herrn  
Bernhard Ahlers

B a r g t e h e i d e

I. Bahnhofstr. 11

Ihr Antrag auf Wiedergutmachung vom 20.2.1948 ist hier eingegangen. Der Antrag muss jedoch noch bis zum Eingang des zu erwartenden Wiedergutmachungsgesetzes zurückgestellt werden.

Im Auftrage:

H. M. D.  
- Holstein habe ich  
Wiedergutmachungsgesetz-  
analistischen Verfol-  
Leitung zur Ausfüll-  
svordrucke mit der  
Leitung genauestens  
Anträge läuft am  
er erforderlichen Be-  
and Zeit, diese zu  
ben auftreten, bitte  
bei persönlichen Be-  
mitwochs und frei-  
ch Abstand zu nehmen,  
bliche Zeit und Mehr-  
erforderlichen Be-  
t, dass alle Fragen  
gen vermieden werden.  
ien haben, bitte ich  
wieder einzureichen.  
-Gungsgesetzes An-  
Rückgabe der Frage-

31. Januar 1953.

Sonderhilfeausschuss  
4-1/9 Ahlers -D./-

Herrn  
Bernhard Ahlers,  
Bargteheide  
1. Bahnhofstr. 11.

A 2/2. //

In Ihrer Wiedergutmachungssache nehme ich Bezug auf den von Ihnen gestellten Antrag und teile Ihnen mit, dass leider im Lande Schleswig-Holstein ein Wiedergutmachungsgesetz noch nicht vorliegt und somit über Ihren Antrag noch nicht entschieden werden kann. Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat mir in einem gleichliegenden Falle vor längerer Zeit mitgeteilt, dass mit Rücksicht auf die Finanzlage des Landes Schleswig-Holstein mit einem Landesgesetz für Wiedergutmachung kaum gerechnet werden könne. Es sei vielmehr Angelegenheit des Bundes, ein entsprechendes Gesetz zu erlassen. Ich bedauere es daher, Ihnen auch heute noch keinen anderen Bescheid erteilen zu können.

Im Auftrage des Landrates:

- K 4/403/Rg./Fr.-

Bad Oldesloe, den 13. 1. 45.....

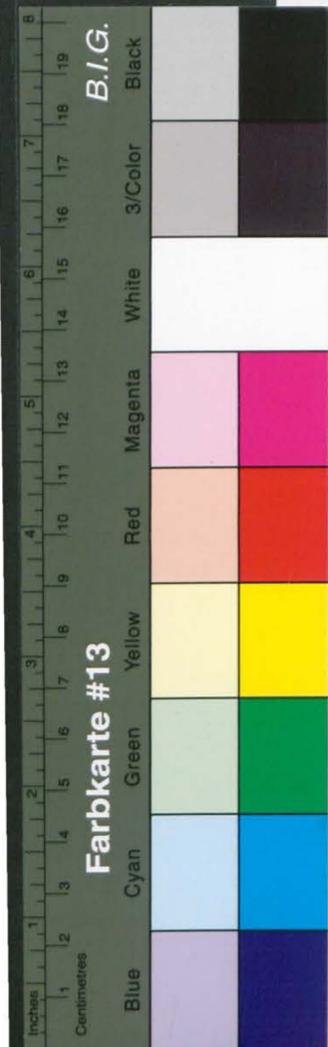
Es erscheint Frau Loba H. K. Luise..... wohnhaft bisher in Lch.:  
Lesken, Hr. Ordeblum..... jetzt aufgenommen in Hamburge  
Harmarn..... und legt den Rentenbescheid des Versorgungsamtes ...  
Allenstein..... Grdl.Nr. L. 0071395... vom 11. Sept. 44... vor  
u bittet um Nachzahlung der Gebühnisse von monatlich 222,-..... RM  
durch das Versorgungsamt Lübeck. ab. Januar 45

2. Antrag ausschreiben und absenden an Lübeck.  
3. Zum Vorgang. KK angelegt

Im Auftrage:  
Rg. Fr

Kreisarchiv Stormarn B2





# Kreisarchiv Stormarn B2

5

3

K r e i s S t o r m a r n  
Der Landrat  
-Kreisentschädigungsamt -  
-----  
4-1/9

Herrn/Frau/Fräulein  
XXXXXXXXXXXXXX

Bernhard Ahlers,

in Bargteheide

I. Bahnhofstr. 11

Von dem Herrn Innenminister des Landes Schleswig - Holstein habe ich inzwischen die Antragsformulare auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung erhalten.

In der Anlage übersende ich Ihnen daher eine Anleitung zur Ausfüllung des Entschädigungsantrages und zwei Antragsvordrucke mit der Bitte, bei der Ausfüllung der Fragebogen die Anleitung genauestens zu beachten.

Die Frist für die Einreichung der Entschädigungsanträge läuft am 30.9.1954 ab. Soweit Sie noch nicht im Besitz der erforderlichen Beweisunterlagen sind, haben Sie daher noch genügend Zeit, diese zu beschaffen.

Soweit bei der Ausfüllung der Anträge Unklarheiten auftreten, bitte ich Sie, sich an meine Dienststelle zu wenden. Bei persönlichen Besuchen wollen Sie bitte die Sprechstunde montags, mittwochs und freitags beachten. Von unnötigen Rückfragen bitte ich Abstand zu nehmen, da die Bearbeitung der anfallenden Anträge erhebliche Zeit und Mehrarbeit erfordert und durch die nicht unbedingt erforderlichen Besuche usw. die Bearbeitung nur verzögert wird.

Es ist in Ihrem eigenen Interesse von Wichtigkeit, dass alle Fragen so erschöpfend beantwortet werden, dass Rückfragen vermieden werden.

Sobald Sie die erforderlichen Unterlagen in Händen haben, bitte ich Sie, mir die beiden Antragsformulare ausgefüllt wieder einzureichen. Sollten Sie jedoch auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes Anträge nicht mehr zu stellen haben, bitte ich um Rückgabe der Fragebogen.

Im Auftrage:  
*Wittmann*

5

3

K r e i s S t o r m a r n  
Der Landrat  
-Kreisentschädigungsamt -  
-----  
4-1/9

Herrn/Frau/Fräulein  
XXXXXXXXXXXXXX

Bernhard Ahlers,

in Bargteheide

I. Bahnhofstr. 11

Von dem Herrn Innenminister des Landes Schleswig - Holstein habe ich inzwischen die Antragsformulare auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung erhalten.

In der Anlage übersende ich Ihnen daher eine Anleitung zur Ausfüllung des Entschädigungsantrages und zwei Antragsvordrucke mit der Bitte, bei der Ausfüllung der Fragebogen die Anleitung genauestens zu beachten.

Die Frist für die Einreichung der Entschädigungsanträge läuft am 30.9.1954 ab. Soweit Sie noch nicht im Besitz der erforderlichen Beweisunterlagen sind, haben Sie daher noch genügend Zeit, diese zu beschaffen.

Soweit bei der Ausfüllung der Anträge Unklarheiten auftreten, bitte ich Sie, sich an meine Dienststelle zu wenden. Bei persönlichen Besuchen wollen Sie bitte die Sprechstunde montags, mittwochs und freitags beachten. Von unnötigen Rückfragen bitte ich Abstand zu nehmen, da die Bearbeitung der anfallenden Anträge erhebliche Zeit und Mehrarbeit erfordert und durch die nicht unbedingt erforderlichen Besuche usw. die Bearbeitung nur verzögert wird.

Es ist in Ihrem eigenen Interesse von Wichtigkeit, dass alle Fragen so erschöpfend beantwortet werden, dass Rückfragen vermieden werden.

Sobald Sie die erforderlichen Unterlagen in Händen haben, bitte ich Sie, mir die beiden Antragsformulare ausgefüllt wieder einzureichen. Sollten Sie jedoch auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes Anträge nicht mehr zu stellen haben, bitte ich um Rückgabe der Fragebogen.

Im Auftrage:  
*Wittmann*

5

3

K r e i s S t o r m a r n  
Der Landrat  
-Kreisentschädigungsamt -  
-----  
4-1/9

Herrn/Frau/Fräulein  
XXXXXXXXXXXXXX

Bernhard Ahlers,

in Bargteheide

I. Bahnhofstr. 11

Von dem Herrn Innenminister des Landes Schleswig - Holstein habe ich inzwischen die Antragsformulare auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung erhalten.

In der Anlage übersende ich Ihnen daher eine Anleitung zur Ausfüllung des Entschädigungsantrages und zwei Antragsvordrucke mit der Bitte, bei der Ausfüllung der Fragebogen die Anleitung genauestens zu beachten.

Die Frist für die Einreichung der Entschädigungsanträge läuft am 30.9.1954 ab. Soweit Sie noch nicht im Besitz der erforderlichen Beweisunterlagen sind, haben Sie daher noch genügend Zeit, diese zu beschaffen.

Soweit bei der Ausfüllung der Anträge Unklarheiten auftreten, bitte ich Sie, sich an meine Dienststelle zu wenden. Bei persönlichen Besuchen wollen Sie bitte die Sprechstunde montags, mittwochs und freitags beachten. Von unnötigen Rückfragen bitte ich Abstand zu nehmen, da die Bearbeitung der anfallenden Anträge erhebliche Zeit und Mehrarbeit erfordert und durch die nicht unbedingt erforderlichen Besuche usw. die Bearbeitung nur verzögert wird.

Es ist in Ihrem eigenen Interesse von Wichtigkeit, dass alle Fragen so erschöpfend beantwortet werden, dass Rückfragen vermieden werden.

Sobald Sie die erforderlichen Unterlagen in Händen haben, bitte ich Sie, mir die beiden Antragsformulare ausgefüllt wieder einzureichen. Sollten Sie jedoch auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes Anträge nicht mehr zu stellen haben, bitte ich um Rückgabe der Fragebogen.

Im Auftrage:  
*Wittmann*

5

3

K r e i s S t o r m a r n  
Der Landrat  
-Kreisentschädigungsamt -  
-----  
4-1/9

Herrn/Frau/Fräulein  
XXXXXXXXXXXXXX

Bernhard Ahlers,

in Bargteheide

I. Bahnhofstr. 11

Von dem Herrn Innenminister des Landes Schleswig - Holstein habe ich inzwischen die Antragsformulare auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung erhalten.

In der Anlage übersende ich Ihnen daher eine Anleitung zur Ausfüllung des Entschädigungsantrages und zwei Antragsvordrucke mit der Bitte, bei der Ausfüllung der Fragebogen die Anleitung genauestens zu beachten.

Die Frist für die Einreichung der Entschädigungsanträge läuft am 30.9.1954 ab. Soweit Sie noch nicht im Besitz der erforderlichen Beweisunterlagen sind, haben Sie daher noch genügend Zeit, diese zu beschaffen.

Soweit bei der Ausfüllung der Anträge Unklarheiten auftreten, bitte ich Sie, sich an meine Dienststelle zu wenden. Bei persönlichen Besuchen wollen Sie bitte die Sprechstunde montags, mittwochs und freitags beachten. Von unnötigen Rückfragen bitte ich Abstand zu nehmen, da die Bearbeitung der anfallenden Anträge erhebliche Zeit und Mehrarbeit erfordert und durch die nicht unbedingt erforderlichen Besuche usw. die Bearbeitung nur verzögert wird.

Es ist in Ihrem eigenen Interesse von Wichtigkeit, dass alle Fragen so erschöpfend beantwortet werden, dass Rückfragen vermieden werden.

Sobald Sie die erforderlichen Unterlagen in Händen haben, bitte ich Sie, mir die beiden Antragsformulare ausgefüllt wieder einzureichen. Sollten Sie jedoch auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes Anträge nicht mehr zu stellen haben, bitte ich um Rückgabe der Fragebogen.

Im Auftrage:  
*Wittmann*

5

3

K r e i s S t o r m a r n  
Der Landrat  
-Kreisentschädigungsamt -  
-----  
4-1/9

Herrn/Frau/Fräulein  
XXXXXXXXXXXXXX

Bernhard Ahlers,

in Bargteheide

I. Bahnhofstr. 11

Von dem Herrn Innenminister des Landes Schleswig - Holstein habe ich inzwischen die Antragsformulare auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung erhalten.

In der Anlage übersende ich Ihnen daher eine Anleitung zur Ausfüllung des Entschädigungsantrages und zwei Antragsvordrucke mit der Bitte, bei der Ausfüllung der Fragebogen die Anleitung genauestens zu beachten.

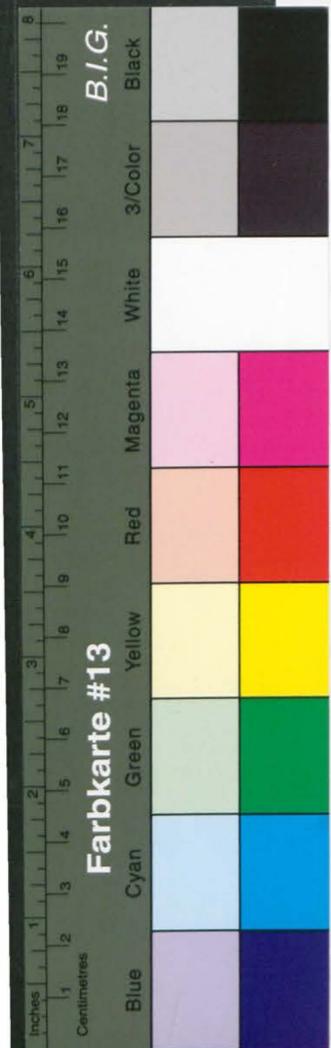
Die Frist für die Einreichung der Entschädigungsanträge läuft am 30.9.1954 ab. Soweit Sie noch nicht im Besitz der erforderlichen Beweisunterlagen sind, haben Sie daher noch genügend Zeit, diese zu beschaffen.

Soweit bei der Ausfüllung der Anträge Unklarheiten auftreten, bitte ich Sie, sich an meine Dienststelle zu wenden. Bei persönlichen Besuchen wollen Sie bitte die Sprechstunde montags, mittwochs und freitags beachten. Von unnötigen Rückfragen bitte ich Abstand zu nehmen, da die Bearbeitung der anfallenden Anträge erhebliche Zeit und Mehrarbeit erfordert und durch die nicht unbedingt erforderlichen Besuche usw. die Bearbeitung nur verzögert wird.

Es ist in Ihrem eigenen Interesse von Wichtigkeit, dass alle Fragen so erschöpfend beantwortet werden, dass Rückfragen vermieden werden.

Sobald Sie die erforderlichen Unterlagen in Händen haben, bitte ich Sie, mir die beiden Antragsformulare ausgefüllt wieder einzureichen. Sollten Sie jedoch auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes Anträge nicht mehr zu stellen haben, bitte ich um Rückgabe der Fragebogen.

Im Auftrage:  
*Wittmann*



# Kreisarchiv Stormarn B2

Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:

(Eingangsstempel)

Kreisentschädigungsamt  
4-1/9 Ahlers -D./-

An die  
Amtsverwaltung

B a r g t e h e i d e .

In der Wiedergutmachungssache Bernhard A h l e r s  
in Bargteheide, I. Bahnhofstr. 11 bitte ich um die Erteilung  
einer Meldebeseitigung in doppelter Ausfertigung, woraus  
ersichtlich ist, seit wann Ahlers in Bargteheide wohnhaft und  
polizeilich gemeldet ist.

Im Auftrage:

24. Sept. 1954.

zialistischen Verfolgung (BEG)

reis, Land):  
Stormarn-Schl. Holst.

nd Haus-Nr.)  
41

41 Jahre

ibens oder der Weltanschauung?  
nein

der Verfolgung eines anderen

reis, Land):

nd Haus-Nr.)

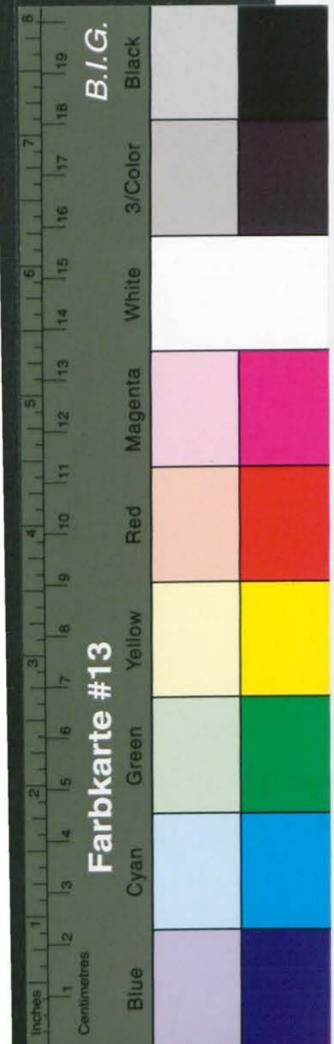
Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung: .....

Staatsangehörigkeit: frühere: ..... letzte: .....

2. Beruf:  
Erlernter Beruf: .....

Letzte berufliche Tätigkeit: .....

3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?



# Kreisarchiv Stormarn B2

K r e i s S t o r m a r n  
 Der Kreisausschuss  
 - Sozial-u. Jugendamt  
 4 - 1/8 Az.:

An das  
 Versorgungssamt  
 Lübeck  
 =====

In der Rentenangelegenheit

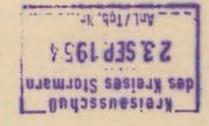
- Artzeichen: R  
 - Trdl. Nr. -

Bad Uidesloe, den 9. Oktober 1953

nehme ich Bezug auf die Anfrage vom 18.9.1953 - II/Allg./40-06 -  
 und melde hiermit meinen Erstattungsanspruch dem Grunde nach an.  
 Erstattungsanspruch wird hinsichtlich der Nachzahlung aus der  
 Witwenrente und der Waisenernte für  
 geltend gemacht.

Im Auftrage des Landrates:

Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!  
 In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!  
 Nicht Zutreffendes streichen!



Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:

(Eingangsstempel)

mit ..... Anlagen

Nr. ....

Empfangsbestätigung erteilt am .....

### Antrag

auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)

I. Anspruchsberechtigte(r)

1. Name: Ahlers Gustav Bernhard

Vornamen: Gustav Bernhard Jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land): Bargteheide - Stormarn - Schl. Holst.  
 Geburtstag und -ort (Kreis, Land): 3. Juni 1884 Bargteheide I. Bahnhofstr. 11  
 (Straße und Haus-Nr.)  
 Familienstand: Led. / verh. / verw. / gesch. Söhne gefallen  
 Anzahl der Kinder: 1 Tochter, 2 Söhne gefallen Alter der Kinder: Tochter 41 Jahre  
 Staatsangehörigkeit: frühere: deutsch jetzige: deutsch

2. Beruf: Landwirt  
 Erlernter Beruf: Landwirt  
 Jetzige berufliche Tätigkeit: Landwirt

3. Sind Sie selbst verfolgt worden? ja / nein  
 Wenn ja: Wegen Ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

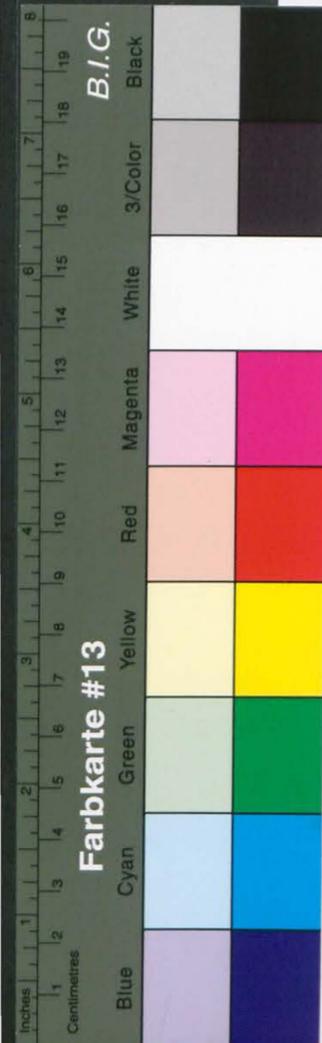
4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? ja / nein  
 Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten: entfällt

II. Verfolgte(r)  
 (Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt I, 4] ableitet)

1. Name: \_\_\_\_\_  
 Vornamen: \_\_\_\_\_ Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land): \_\_\_\_\_  
 Geburtstag und -ort (Kreis, Land): \_\_\_\_\_ (Straße und Haus-Nr.) \_\_\_\_\_  
 gestorben am: \_\_\_\_\_  
 in (Kreis, Land): \_\_\_\_\_  
 Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung: \_\_\_\_\_  
 Staatsangehörigkeit: frühere: \_\_\_\_\_ letzte: \_\_\_\_\_

2. Beruf: \_\_\_\_\_  
 Erlernter Beruf: \_\_\_\_\_  
 Letzte berufliche Tätigkeit: \_\_\_\_\_

3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?



# Kreisarchiv Stormarn B2

### III. Weitere Angaben über die Person des(r) Anspruchsberechtigten und des(r) Verfolgten:

Anspruchsberechtigte(r)	Verfolgte(r) (Nur auszufüllen, wenn auch Abschnitt II ausgefüllt ist)
1. Im Falle einer Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen: a) Mitgliedschaft bei der NSDAP: von <input checked="" type="checkbox"/> / nein bis _____	ja / nein von _____ bis _____
b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP: Bei welchen? von _____ bis _____	ja / nein von _____ bis _____
2. Im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung: a) Rechtskräftige Verurteilung nach dem 8. 5. 1945 zu Zuchthausstrafe von mehr als 3 Jahren <input checked="" type="checkbox"/> / nein	ja / nein <input checked="" type="checkbox"/> / nein
b) Rechtskräftige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8. 5. 1945: <input checked="" type="checkbox"/> / nein	ja / nein <input checked="" type="checkbox"/> / nein
3. a) Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) am 1. 1. 1947: <u>Bargteheide</u> <u>Stormarn</u> <u>Schlesw. Holst.</u>	
b) Letzter inländischer Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land), wenn vor dem 1. 1. 1947 gestorben, ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen: <u>entfällt</u>	
c) bei Heimkehrern: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Heimkehr: <u>entfällt</u>	
d) Bei Vertriebenen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Vertreibung: <u>entfällt</u>	
e) bei Sowjetzonenflüchtlingen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Flucht: <u>entfällt</u>	
f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1. 1. 1947: In welchem Lager (Kreis, Land)? <u>entfällt</u>	
Wohin nach dem 31. 12. 1946 ausgewandert? <u>entfällt</u>	
Als heimatloser Ausländer in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergegangen? Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am: <input checked="" type="checkbox"/> ja / nein <u>entfällt</u>	ja / nein <input checked="" type="checkbox"/> ja / nein
4. Nur auszufüllen von Angehörigen der besonderen Verfolgtengruppen und deren Hinterbliebenen: a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten: Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Vertreibungsgebiet: Von wo? Wohin? b) Bei Staatenlosen oder politischen Flüchtlingen: Betreuung durch welchen Staat oder / und welche zwischenstaatlichen Organisationen?	
c) Verfolgt aus Gründen der Nationalität?	ja / nein

### IV. Entschädigungsansprüche werden angemeldet für:

- Schaden an Leben (§§ 14, 15 Abs. 6)  
Rente und Kapitalentschädigung als Hinterbliebene(r) eines(r) durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getöteten oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorbenen Verfolgten.  / nein
- Schaden an Körper und Gesundheit (§ 15)  
a) Heilverfahren:  / nein  
b) Rente und Kapitalentschädigung:  / nein  
3. Schaden an Freiheit (§ 16) durch Freiheitsentziehung  
in \_\_\_\_\_ vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_  
insgesamt = \_\_\_\_\_ volle Monate
- Schaden an Eigentum und Vermögen (§§ 18—24)  
a) durch Zerstörung, Verunstaltung, Plünderung, Flucht oder Auswanderung:  / nein  
b) durch Sonderabgaben und Reichsfluchtsteuer:  / nein  
c) durch Geldstrafen, Bußen und Kosten:  / nein  
d) durch sonstige schwere Schädigung:  / nein
- Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 25—55)  
a) durch Verdrängung aus oder Beschränkung in einer selbständigen Erwerbstätigkeit einschl. land- oder forstwirtschaftlicher oder gewerblicher Tätigkeit:  / nein  
b) in einem privaten Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch Entlassung, vorzeitiges Ausscheiden oder Versetzung in eine erheblich geringer entlohnte Stelle:  / nein  
c) durch Ausfall an Bezügen im öffentlichen Dienst für die Zeit vor dem 1. 4. 1950:  / nein  
d) durch Ausschluß von der erstrebten Ausbildung oder durch deren erzwungene Unterbrechung:  / nein
- Versicherungsschaden außerhalb der Sozialversicherung (§§ 56—63) durch Schädigung in einer Lebensversicherung:  / nein

### V. Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen)

1. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadenersatzansprüche geltend gemacht?  ja / nein

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?	Wann?	Aktenzeichen
<u>Kreissonderhilfsausschuß</u> <u>Stormarn in Bad Oldesloe</u>	<u>20.2.1948</u>	<u>4/413 - Ahlers-D/Re</u>

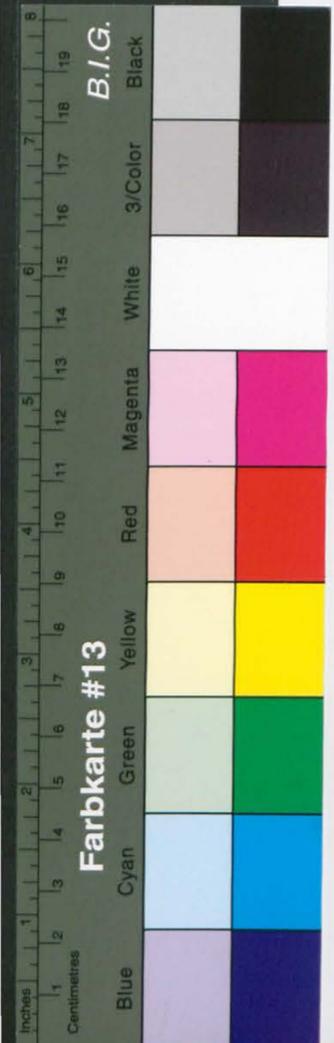
Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden?  / nein  
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im In- und Ausland Geld- oder Sachleistungen von Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen erhalten?  ja / nein

Art der Leistungen	Von welchen Stellen?	Wann?	RM	DM

2. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht?  / nein

Wegen welcher Vermögensgegenstände?	Bei welchen Stellen?	Aktenzeichen:



# Kreisarchiv Stormarn B2

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein  
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen...

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl.-REAO oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 120 der französischen Mil.-Reg. an Rückerstattungsleistung abgetreten worden?  ja  nein

### VI. Dem Antrag sollen beigelegt werden:

- Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges
- Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
- Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Photokopien)

Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Entscheidungen der Entnazifizierungsbehörden, Geburts-, Sterb- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Anspruchsberechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Aenderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel

wurden bereits an ..... (Behörde) oder

..... (Gericht) ..... (Aktenzeichen)

zu ..... -Verfahren eingereicht.

VII. Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 2 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise zu versagen ist, wenn der Anspruchsberechtigte sich, um Entschädigungsleistungen zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wissentlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat. Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

Bargtheide (Ort), den 17. September 1954 (Datum)

*Bernhard Ahlers*  
(Unterschrift)

Dem Antrag sind 1 Anlagen beigelegt, und zwar:

- Schilderung des Verfolgungsvorganges (2Blatt)
- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 

## Anlage 1 zum Entschädigungsantrag des Bernhard Ahlers

### Schilderung des Verfolgungsvorganges :

Seit dem Jahre 1928 habe ich in Bargtheide, I. Bahnhofstr. 11, einen behördlich genehmigten gewerblichen Betrieb im Handeln mit Milch und Milcherzeugnissen geführt. Durch mündlichen Bescheid des Ortsbauernführers zusammen mit Vertretern des Milchversorgungsverbandes Groß-Hamburg sowie durch Schreiben des Letztgenannten vom 27.8.1934 und 3.9.1934 wurde mir die Fortführung meines Geschäftes mit Wirkung vom 1. September 1934 verboten. Man bedeutete mir unmißverständlich, daß ich ja wüßte, was mir passiere, wenn ich dem Verbot nicht unverzüglich Folge leisten würde.

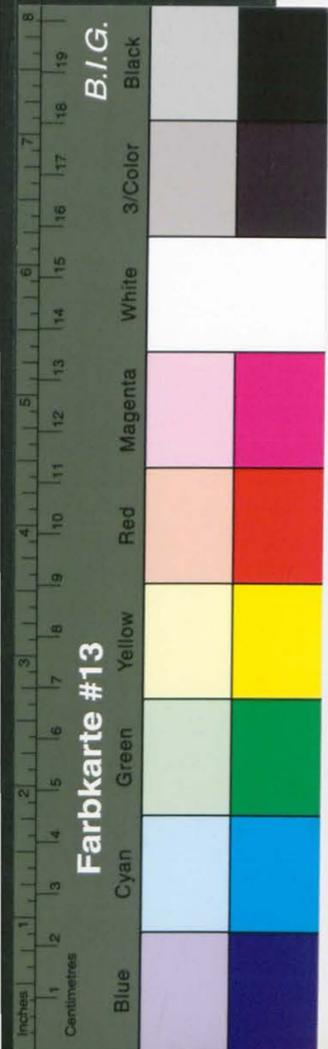
Während mir der Handel mit Milch und Milcherzeugnissen verboten wurde, erhielt der Händler Peter Sievertsen, der bis dahin Meierei-gehilfe in Bargtheide war, eine vollkommen neue Erlaubnis zum Milchhandel.

Mein Geschäft wurde einwandfrei geführt und erfreute sich größter Beliebtheit. Ordnungspolizeiliche Gründe für eine Geschäftsschließung lagen nicht vor, denn das Geschäft entsprach in allen Teilen den gewerbepolizeilichen Vorschriften.

Vielmehr ist der Grund der Geschäftsschließung darin zu suchen, daß ich nicht Mitglied der NSDAP war, und daß ich neben meinem Milchgeschäft auf meinem landwirtschaftlichen Betrieb noch eine Existenz hatte, während Sievertsen als Pg. in einer wirtschaftlich abhängigen Stellung war und die Voraussetzungen für die Führung eines Milchgeschäftes in fachlicher Hinsicht erfüllte.

Meine Beschwerden gegen diese ungerechte Maßnahme sowie meine Klage beim Schiedsgericht blieben ohne Erfolg. Wie sinnlos es war, bei den damaligen wirtschaftlichen Verbänden und Organisationen und auch bei dem sogenannten Schiedsgericht mit rechtlich begründeten Ansprüchen zum Ziele zu kommen, zeigt sich aus folgendem charakteristischen Auszug aus dem Schriftsatz des Vorsitzenden des Milchhandelsverbandes Groß-Hamburg vom 25.1.1935:

„Selbst wenn dem Kläger der Nachweis gelingen sollte, daß sein Handel in der früheren Form ein selbständiges Unternehmen darstellte und daß ihm die Fortführung dieses Unternehmens unmöglich gemacht worden ist, dann müßte auf das zurückgekommen werden, was ich bereits auf Seite 3 dieses Schriftsatzes ausführte, d.h.: ganz unabhängig von der soeben erörterten Frage müßte



# Kreisarchiv Stormarn B2

müsste doch noch geprüft werden, ob nicht hier doch eine Ausnahme vorliegt von der im Gesetz gegebenen Regel, nach der die Stilllegung eines Betriebes eine schwere wirtschaftliche Schädigung darstellen soll. Bei Prüfung dieser Frage muß m.E. auf den Grundgedanken des § 9 zurückgegangen werden. Diese Bestimmung stellt z.B. gegenüber ähnlichen Bestimmungen in den Gesetzen des liberalistischen Zeitalters etwas vollständig Neues dar. Auch früher mußte der Einzelne unter Umständen Eingriffe des Staates in seine Privatrechte dulden. Der Staat war jedoch verpflichtet, ihm für jeden solchen Eingriff vollen Ersatz in Geld zu leisten. Daran ist heute, bei Durchführung einer grundlegenden Umwälzung in unserem gesamten Staats- und Wirtschaftsleben selbstverständlich nicht mehr zu denken, da anderenfalls eine derart finanzielle Belastung des Staates und der öffentlichen Verbände eintreten müßte, die die Durchführung des im Gesamtinteresse erforderlichen Neubaues von vornherein einfach unmöglich machen würde. Der Staat kann deshalb, selbst wenn er in das Einzeldasein hart eingreifen muß, heute für die aus solchen Maßnahmen entstehenden Schäden den betroffenen Volksgenossen grundsätzlich keinen Ersatz leisten.

Zum Ausdruck gekommen ist dieser Gedanke z.B. in dem § 1 der Verordnung vom 28.2.1933 nach dem auch Artikel 153 der Reichsverfassung, der die Entschädigungsfrage bei Enteignungen regelt, vorläufig ausser Kraft gesetzt ist. "

Für mich als Staatsbürger bedeutete die in diesem Schriftsatz offenbarte "G r u n d l e g e n d e U m w ä l z u n g" eine entschädigungslose Enteignung, die den Interessen und Zwecken des Nationalsozialistischen Staates zu dienen bestimmt war. Das Schicksal und das R e c h t des Einzelnen war den Interessen des Nationalsozialismus untergeordnet. Zudem lagen Gesetzgebung und Rechtsprechung in einer Hand. Es war daher vollkommen aussichtslos für mich, jemals eine Entschädigung für den Schaden, der dadurch eingetreten ist, daß mir verboten wurde mein Geschäft weiter auszuüben, zu erhalten. Meine prozessuale Stellung wurde weiterhin dadurch besonders erschwert, daß meine passive Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus bekannt war. Um Weiterungen zu vermeiden mußte ich es notgedrungen aufgeben, meinen rechtlich begründeten Ersatzanspruch weiterhin mit Nachdruck zu verfolgen. Im übrigen war ein derartiges Unterfangen angesichts der damaligen Gesetzgebung und der Rechtsprechungspraktiken zum Scheitern verurteilt.

Der

Der mir durch diese Maßnahmen entstandene wirtschaftliche Schaden setzt sich wie folgt zusammen:

1 Zentrifuge	372.-- RM
2 Wagen mit Patentrührwerkbehälter	3.925.-- "
1 Milchwagen	300.-- "
Umbau der gewerblichen Räume lt. Vorschrift	2.000.-- "
dto. Pumpenanlage	222.-- "
Milchverkaufskannen mit Hahn	174,50 "
Milcherhitzer	27.-- "
Eisschrank	230.-- "
Milchtransportkannen	365.-- "
Buttertransportkisten	50,15 "
Milchflaschen	121,95 "
Flaschenkörbe	10.-- "
1 Pferd	450.-- "
	<hr/>
	8.247,60 RM

Dazu kommen noch folgende Posten:

Einbau eines Milchkühlers, Rohrleitungen, Hähne, eines Wasserkessels  
1 Kühler, Anschaffungen von Kühlern, Flaschen, Ständern, Wasser-  
schläuchen, Messeimern, Litermaßen, Pferdegeschirre, Bürsten, Rei-  
nigungsmittel, Bau eines Bassins etc. Zusammengefasst stellt sich  
der materielle Schaden auf rd. 10.000.-- RM. Hinzu kommt der Ge-  
schäftswert als solcher, der auch sehr erheblich ist.

*Bernh. Ahlers*

(Bernhard Ahlers)



# Kreisarchiv Stormarn B2



10

**Amt Bargteheide**  
 Kreis Stormarn  
 Der Amtmann  
 - Ordnungsamt -  
 - Einwohnermeldeamt -

Bargteheide, d. 9. Okt. 1954  
 (Ort) (Datum)

### Bescheinigung

Nur gültig zur Vorlage bei dem Kreisentschädigungsamt Bad Oldesloe

Auf Grund der - ~~tax~~ Melde - kartei - ~~registriert~~ - wird bescheinigt, daß:

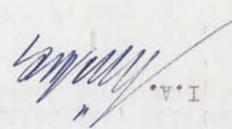
**Herr Bernhard Gustav Ahlers**  
 geboren am **3.6.1884** in **Bargteheide**  
 (mit Ehefrau **Martha Minna Ahlers geb. Krohn, geb. am 26.3.1887 i. Delingsdorf**)  
 - ~~und den Kindern~~  
 - seit dem **Geburt** - hier - in **Bargteheide, l. Bahnhofstr.** Straße Nr. **11**  
 gemeldet - ist - ~~sind~~ und als **deutscher** - Staatsangehörige - r - geführt - wird - ~~werden~~

Gebührenfrei!  
 Gebühr **DMK**

Im Auftrage  




Bestell-Nr. 12 1 - Meldebescheinigung mit Angabe der Staatsangehörigkeit  
 Gemeindeverlag, Fachverlag für Behördenbedarf GmbH. - 2. Aufl. 1954

I. A. 

nach Ausfertigung der angeforderten Meldebescheinigung zurück-  
 gereicht.

Bad Oldesloe  
 dem Herrn Landrat des Kreises Stormarn -  
 Kreisentschädigungsamt -  
 Urschriftlich mit 2 Anlagen  
 des Kreisamtes Stormarn  
 12. Okt. 1954  
 Kreisamts Stormarn

Bargteheide, d. 9. Oktober 1954  
 Der Amtmann  
 Kreis Stormarn  
 Ordnungsamt -  
 Amt Bargteheide

27. Okt. 1954.

Kreisentschädigungsamt  
4-1/9 Ahlers

D./-

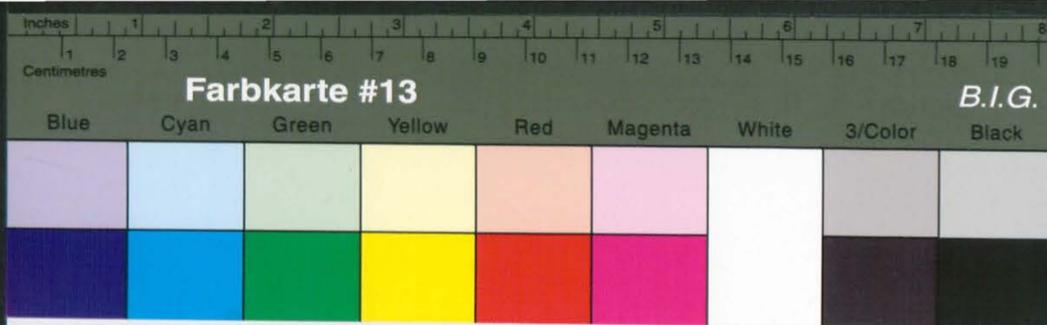
An das  
Landesentschädigungsamt  
Schleswig-Holstein,  
K i e l .

In der Wiedergutmachungssache Bernhard Ahlers  
in Bargtheide  
-Aktenzeichen: ? -  
überreiche ich anliegend den bei mir gestellten Wiedergutmachungs-  
antrag nach dem BEG, mit der Bitte um die dortige Entscheidung.  
Meine bisher erwachsenen Vorgänge füge ich zur Ergänzung  
des Antrages bei.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2





# Kreisarchiv Stormarn B2

4 - 1/8 \_\_\_\_\_ Bad Oldesloe, den \_\_\_\_\_ 1953

V e r m e r k :

Die Kriegerwitwe \_\_\_\_\_  
in \_\_\_\_\_ hat für ihre(n) \_\_\_\_\_

den Antrag auf Gewährung einer Erziehungsbeihilfe gemäß § 27 BVG.  
gestellt. Dieser Antrag ist zunächst dahingehend zu überprüfen, ob  
der Lebensunterhalt gesichert ist. Hierfür gilt folgende Berechnung:

Richtsatz der Mutter	_____	DM
Mehrbedarf (halbe Grundrente)	_____	DM
doppelter Richtsatz der Waise	_____	DM
Miete	_____	DM

Diesem Bedarfssatz stehen als Einnahmen gegenüber: